



dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2019



dbb
beamtenbund
und tarifunion

**dbb Bürgerbefragung
Öffentlicher Dienst 2019**

Einschätzungen, Erfahrungen
und Erwartungen der Bürger

8. Juli 2019
n9406/37815 Gü, Bi

forsa
Politik- und Sozialforschung GmbH
Büro Berlin
Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage	2
1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates	3
2. Ausmaß und Kosten der Bürokratie	8
3. Bedeutung und Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand	11
4. Erfahrungen mit Behörden	14
5. Das Beamtenprofil	19
6. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	20
Zusammenfassung	23

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2019 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik wahrgenommen werden. Ein Schwerpunkt der diesjährigen Untersuchung war herauszufinden, wie die Leistungsfähigkeit des Staates vor dem Hintergrund des Vertrauensverlustes in viele politische Institutionen eingeschätzt wird.

Die Erhebung für diese Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst fand im Mai und Juni 2019 statt. Befragt wurden 2.006 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Zum ersten Mal wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.Omninet durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativem Panel mit derzeit ca. 75.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung ab 14 Jahre in Deutschland darstellen.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragbar.

Um Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen 13. „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“- soweit möglich - mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

1. Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Nur rund ein Drittel der Bundesbürger (34 %) ist der Ansicht, dass der Staat in der Lage sei, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen.

Deutlich mehr Befragte (61 %) hingegen meinen, dass der Staat angesichts der Fülle der Aufgaben und Probleme überfordert sei.

Positiver als der Durchschnitt aller Befragten bewerten die jüngeren, 18- bis 29-jährigen Bundesbürger sowie die Selbständigen, die Angehörigen der oberen Bildungsschichten (Abitur, Studium) sowie die Anhänger der Grünen, der SPD und der CDU die Leistungsfähigkeit des Staates.

Deutlich negativer als die anderen Bevölkerungsgruppen schätzen die unteren sozialen Schichten (Arbeiter bzw. Hauptschulabsolventen) die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Von den Anhängern der AfD hält die übergroße Mehrheit (87 %) den Staat für überfordert – sicherlich auch wegen der extrem kritischen Haltung der AfD-Anhänger zum gesamten politischen und gesellschaftlichen System in Deutschland.

Am ehesten glauben noch die Beamten, dass der Staat in der Lage sei, seine Aufgaben und Probleme zu bewältigen. Die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst urteilen dagegen ähnlich kritisch wie der Durchschnitt der Bevölkerung.

▪ Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme

	in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert *)
	%	%
insgesamt	34	61
Ost	32	62
West	34	61
18- bis 29-Jährige	42	54
30- bis 44-Jährige	33	61
45- bis 59-Jährige	31	64
60 Jahre und älter	32	63
Arbeiter	27	68
Angestellte	30	64
Selbständige	39	55
Öffentlich Beschäftigte:		
- insgesamt	43	52
- Beamte	60	38
- Tarifbeschäftigte	35	59
Hauptschule	20	75
mittlerer Abschluss	31	64
Abitur, Studium	43	52
Anhänger der:		
CDU/CSU	45	52
SPD	40	56
Grünen	38	57
Linke	30	66
FDP	33	64
AfD	11	87

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten eine Vielzahl von Bereichen.

24 Prozent der Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, sind der Ansicht, der Staat sei vor allem mit den Aufgaben in der Schul- und Bildungspolitik überfordert. 19 Prozent denken dies von den Herausforderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, 17 Prozent von den Problemen der inneren Sicherheit.

13 Prozent sehen eine Überforderung des Staats in Sachen Klima- und Umweltschutz, jeweils 12 Prozent hinsichtlich der Gesundheitsversorgung bzw. den sozialen Sicherungssystemen und der Rente. Ähnlich viele (11 %) glauben auch, dass der Staat zu wenig zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit in der Gesellschaft tut.

Insgesamt wurde eine Vielzahl von Aufgaben genannt, bei denen man den Staat für überfordert hält. Es ist also nicht nur ein einziger Bereich, in dem man den Staat für überfordert hält, sondern es herrscht ein generelles Gefühl vor, dass der Staat seine Aufgaben nicht mehr in vollem Umfang erfüllen kann. Das zeigt sich zudem auch daran, dass ein Viertel der Befragten nur von einer generellen Überforderung spricht oder gar keinen konkreten Bereich nennt, bei dem der Staat seine Aufgaben nicht erfüllen kann.

▪ Überforderung des Staates *)

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert:	2019 **)
	<u>%</u>
Schul- und Bildungspolitik	24
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19
innere Sicherheit	17
Klima- und Umweltschutz	13
soziale Sicherungssysteme, Rente	12
Gesundheitsversorgung	12
soziale Gerechtigkeit	11
Justiz und Rechtsprechung	7
Steuer- und Finanzpolitik	7
Bürokratieabbau	7
Kinderbetreuung	7
Wohnungs- und Immobilienmarkt	7
Infrastruktur	7
mangelnde Nähe zu den Bürgern	6
Verkehrspolitik	5
Digitalisierung	4
Lage am Arbeitsmarkt	4
Verwaltung, kommunale Behörden	4
Verteidigung, äußere Sicherheit	3
Lobbyismus	2
Energiepolitik bzw. Energiewende	2
Überforderung generell	6
sonstiges	6
weiß nicht	20

*) Basis: Befragte, den Staat als überfordert ansehen

**) offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes schätzt ein Drittel (34 %) der befragten Bundesbürger aktuell im Vergleich zu den letzten Jahren niedriger ein. Nur relativ wenige Bundesbürger (17 %) meinen, der Staat sei im Vergleich zu den vergangenen Jahren leistungsfähiger geworden.

41 Prozent der Befragten sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Von einer größeren Leistungsfähigkeit gehen am ehesten die im öffentlichen Dienst Beschäftigten – Beamte wie Tarifbeschäftigte – aus.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren geringer geworden ist, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

▪ Meinungen zur Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

	größer %	gleich groß %	geringer *) %
insgesamt	17	41	34
Arbeiter	14	45	35
Angestellte	16	37	37
Selbständige	23	37	34
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt	28	38	27
- Beamte	33	38	23
- Tarifbeschäftigte	26	39	29
Anhänger der:			
CDU/CSU	17	48	32
SPD	15	46	32
Grünen	20	41	30
Linke	20	34	36
FDP	16	46	33
AfD	6	33	57

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Ausmaß und Kosten der Bürokratie

Etwas häufiger als in den letzten Jahren meinen die Befragten derzeit, dass es zu viel staatliche Bürokratie in Deutschland gäbe: 65 Prozent aller Befragten sehen das so. 27 Prozent halten das Ausmaß der Bürokratie für gerade richtig.

Dass es zu viel staatliche Bürokratie gibt, meinen insbesondere die Arbeiter und Selbständigen.

▪ Meinungen zum Ausmaß der staatlichen Bürokratie in Deutschland

Staatliche Bürokratie gibt es in Deutschland:

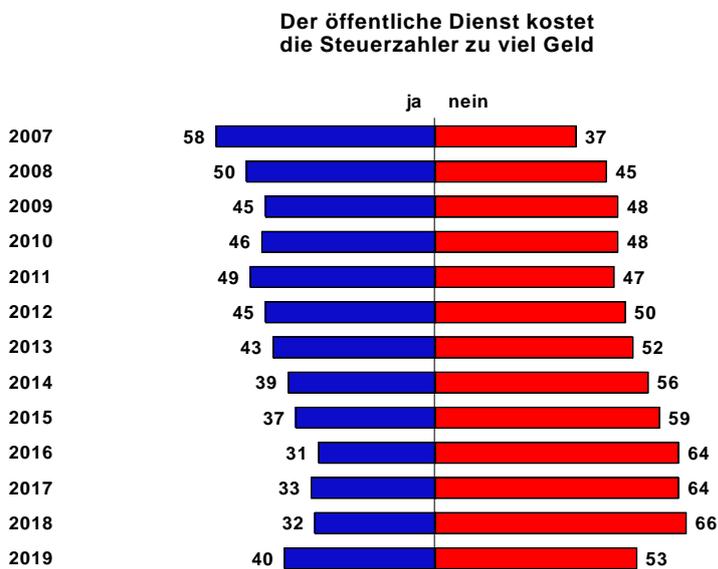
		zu viel %	gerade richtig %	zu wenig *) %
insgesamt:	2015	55	38	6
	2016	61	31	6
	2017	56	37	5
	2018	61	30	7
	2019	65	27	5
18- bis 29-Jährige		58	31	8
30- bis 44-Jährige		70	21	7
45- bis 59-Jährige		69	24	4
60 Jahre und älter		59	33	5
Arbeiter		84	15	1
Angestellte		68	22	7
Selbständige		76	20	2
Öffentlich Beschäftigte:				
- insgesamt		59	33	6
- Beamte		51	39	8
- Tarifbeschäftigte		63	30	5

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet, meinen 2019 40 Prozent der Bundesbürger. 53 Prozent sehen dies nicht so.

In den letzten Jahren war der Anteil derjenigen, die den öffentlichen Dienst für zu teuer halten, stetig zurückgegangen. Aktuell ist er im Vergleich zu den letzten Jahren angesichts der generell kritischer gewordenen Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Staates wieder gestiegen, liegt aber weiterhin deutlich unter dem Anteil der ersten „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“.

■ Meinungen zu den Kosten der Bürokratie im Zeitverlauf



Dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld kostet, meinen insbesondere die Arbeiter und Selbständigen sowie die Anhänger der FDP und der AfD.

Die Öffentlich Beschäftigten selbst sehen dies mit großer Mehrheit nicht so.

▪ Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld

	ja %	nein *) %
insgesamt: 2016	31	64
2017	33	64
2018	32	66
2019	40	53
18- bis 29-Jährige	37	58
30- bis 44-Jährige	38	54
45- bis 59-Jährige	41	52
60 Jahre und älter	41	51
Arbeiter	49	46
Angestellte	44	50
Selbständige	50	45
Öffentlich Beschäftigte:		
- insgesamt	16	73
- Beamte	12	78
- Tarifbeschäftigte	18	69
Anhänger der: CDU/CSU	41	52
SPD	29	59
Grünen	34	56
Linke	44	51
FDP	52	43
AfD	62	36

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3. Bedeutung und Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Seit 2011 werden die Befragten im Rahmen der Bürgerbefragung zum öffentlichen Dienst gebeten, verschiedene öffentliche Einrichtungen nach ihrer Wichtigkeit einzuordnen und die Arbeit der Einrichtungen anhand von Schulnoten zu bewerten.

Die 17 abgefragten Einrichtungen haben für jeweils eine große Mehrheit nach wie vor eine hohe Bedeutung. Insbesondere Krankenhäuser, Schulen, die Polizei bzw. Kriminalpolizei, Gerichte, Straßenreinigung und Müllabfuhr, Kindergärten sowie Universitäten und Fachhochschulen werden als (besonders) wichtig erachtet.

Neben Museen und Bibliotheken sind den befragten Bundesbürgern Ministerien auf Landes- und auf Bundesebene am wenigsten wichtig. Diese geringe Bedeutung, die die Bürger den Behörden auf Landes- und Bundesebene zumessen, dürfte vor allem auf den großen Vertrauensverlust zurückzuführen sein, den viele politische Institutionen in den letzten Jahren zu verzeichnen hatten. Außerdem spielen sie für das Alltagsleben der Bürgerinnen und Bürger eine geringere Rolle als etwa die Polizei, Schulen oder Krankenhäuser.

▪ Bedeutung von Behörden und Einrichtungen der öffentlichen Hand

	Die jeweilige Behörde ist für die Bürger besonders wichtig
	<u>%</u>
Polizei, Kriminalpolizei	98
Schulen	98
Krankenhäuser	98
Gerichte	97
Straßenreinigung, Müllabfuhr	96
Kindergärten	95
Fachhochschulen, Universitäten	93
Sozialversicherung	91
Sozialämter	85
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	84
Arbeitsämter	77
Finanzämter	72
Hallenbäder, Freibäder	68
Bibliotheken	65
Bundesministerien	65
Museen	61
Landesministerien	54

Neben der Einschätzung der Wichtigkeit der verschiedenen Einrichtungen sollten die Befragten diese Einrichtungen auch anhand von Schulnoten von 1 bis 6 bewerten.

Am besten schneidet dabei die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr mit einer durchschnittlichen Bewertung von 1,8 ab. Es folgen die Kindergärten, Museen und Bibliotheken mit jeweils 2,2.

Sozialämter (3,1), Landes- und Bundesministerien (3,2 bzw. 3,3) sowie Arbeitsämter (3,4) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Mit Ausnahme der Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr, den Museen und den Bibliotheken werden alle anderen Behörden im Vergleich zum Jahr 2017 etwas schlechter bewertet. Als Vergleich wurde das Jahr 2017 herangezogen, weil zum damaligen Befragungszeitpunkt die politischen Turbulenzen noch nicht so ausgeprägt waren wie 2018 nach der schwierigen Phase der Bildung der neuen Bundesregierung.

▪ Bewertung einzelner Behörden *)

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)	Veränderung 2019-2017
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,8	+ 0,1
Kindergärten	2,2	- 0,1
Museen	2,2	+ 0,1
Bibliotheken	2,2	0
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	- 0,2
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	- 0,2
Krankenhäuser	2,4	- 0,2
Hallenbäder, Freibäder	2,4	- 0,1
Sozialversicherung	2,5	- 0,1
Schulen	2,7	- 0,3
Gerichte	2,7	- 0,3
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	- 0,2
Finanzämter	2,8	- 0,1
Sozialämter	3,1	- 0,3
Landesministerien	3,2	- 0,2
Bundesministerien	3,3	- 0,4
Arbeitsämter	3,4	- 0,3

Die Anhänger der AfD, die generell dem gesamten demokratischen System eher kritisch gegenüberstehen, vergeben deutlich negativere Bewertungen als die Anhänger der anderen Parteien.

Besonders groß ist die Differenz bei der Bewertung der Gerichte (- 0,9), der Bundesministerien (- 0,8) sowie der Finanz- und Sozialämter (jeweils - 0,7).

▪ Bewertung einzelner Behörden *)

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)	Anhänger der: CDU/CSU, SPD, FDP, Linke, Grüne	AfD
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,8	1,8	2,0
Kindergärten	2,2	2,2	2,4
Museen	2,2	2,2	2,6
Bibliotheken	2,2	2,2	2,6
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,2	2,5
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,3	2,6
Krankenhäuser	2,4	2,3	2,5
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	2,5
Sozialversicherung	2,5	2,4	2,9
Schulen	2,7	2,7	3,1
Gerichte	2,7	2,6	3,5
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,7	3,3
Finanzämter	2,8	2,7	3,2
Sozialämter	3,1	3,0	3,7
Landesministerien	3,2	3,1	3,8
Bundesministerien	3,3	3,1	3,9
Arbeitsämter	3,4	3,3	3,9

4. Erfahrungen mit Behörden

Die Mehrheit der Befragten (84 %) hatte im vergangenen Jahr mit einer (27 %) oder mit mehreren (57 %) Behörden Kontakt.

Behörden werden in besonderem Maße von den oberen sozialen Schichten (Selbständige, Befragte mit Abitur bzw. Studium) in Anspruch genommen.

- Häufigkeit der Behördenkontakte

	Es hatten im vergangenen Jahr Kontakt mit		
	einer Behörde %	mehreren Behörden %	keiner Behörde %
insgesamt	27	57	16
Ost	28	54	18
West	27	57	16
18- bis 29-Jährige	27	59	14
30- bis 44-Jährige	24	63	13
45- bis 59-Jährige	27	60	13
60 Jahre und älter	28	49	23
Arbeiter	29	49	22
Angestellte	27	59	14
Selbständige	15	71	14
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt	21	70	9
- Beamte	18	75	7
- Tarifbeschäftigte	23	67	10
Hauptschule	27	46	27
mittlerer Abschluss	30	52	18
Abitur, Studium	24	67	9

Am häufigsten hatten die Behördenbesucher 2019 mit kommunalen Behörden zu tun: 31 Prozent mit der Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung generell, 17 Prozent mit dem Einwohnermelde- bzw. Bürgeramt, 13 Prozent mit dem Sozialamt, jeweils 7 Prozent mit dem Schulamt bzw. der Kfz-Zulassungsstelle, 5 Prozent mit dem Bau- bzw. Planungsamt.

Das Finanzamt haben 45 Prozent besucht, 14 Prozent die Agentur für Arbeit. 11 Prozent hatten mit der Polizei, 10 Prozent mit einer Justizbehörde zu tun.

▪ 2019 besuchte Behörden *)

	<u>%o **)</u>
Kommunale Behörden (insgesamt)	93
- Gemeinde-, Kreisverwaltung generell	31
- Einwohnermelde-, Bürgeramt	17
- Sozialamt	13
- Schulamt	7
- Kfz-Zulassungsstelle	7
- Bau-, Planungsamt	5
- Jugendamt	4
- Standesamt	3
- Ordnungsamt	3
- Wahlamt	1
- Gesundheitsamt	1
- Umweltamt	1
Finanzamt	45
Agentur für Arbeit	14
Polizei	11
Justizbehörde, Gericht	10
Rentenversicherung	6
sonstige Behörde	6

*) Basis: Behördenbesucher im letzten Jahr

**) offene Abfrage; Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Trotz der kritischer gewordenen Urteile über die Leistungsfähigkeit des Staates waren rund zwei Drittel (68 %) der Behördenbesucher mit der Bearbeitung ihrer jüngsten Angelegenheit durch die Behörde zufrieden. Ein Drittel (30 %) hingegen war weniger zufrieden bzw. sogar unzufrieden.

Bei den Behördenbesuchern unter den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ist die Zufriedenheit noch höher als im Durchschnitt aller Befragten.

Mit der Behandlung durch die besuchten Behörden waren die Ostdeutschen weniger zufrieden als die Westdeutschen.

Überdurchschnittlich unzufrieden waren die Selbständigen mit ihren Behördenkontakten.

Die größte Unzufriedenheit findet sich jedoch wieder unter den Anhängern der AfD.

▪ Zufriedenheit mit der Behördenleistung I *)

Mit der Bearbeitung ihrer jüngsten Angelegenheit durch die Behörde waren

	zufrieden	weniger zufrieden **) bzw. unzufrieden	Index ***)
	%	%	
insgesamt	68	30	+ 38
Ost	62	36	+ 26
West	68	29	+ 39
18- bis 29-Jährige	67	30	+ 37
30- bis 44-Jährige	69	29	+ 40
45- bis 59-Jährige	67	32	+ 35
60 Jahre und älter	68	29	+ 39
Arbeiter	65	30	+ 35
Angestellte	70	30	+ 40
Selbständige	62	35	+ 27
Öffentlich Beschäftigte:			
- insgesamt	74	26	+ 48
- Beamte	72	26	+ 46
- Tarifbeschäftigte	74	26	+ 48
Hauptschule	63	34	+ 29
mittlerer Abschluss	69	29	+ 40
Abitur, Studium	70	29	+ 41
Anhänger der:			
CDU/CSU	71	27	+ 44
SPD	78	23	+ 55
Grünen	72	26	+ 46
Linke	68	31	+ 37
FDP	71	27	+ 44
AfD	53	46	+ 7

*) Basis: Behördenbesucher

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

***) Index = Anteil „zufrieden“ minus Anteil „weniger zufrieden bzw. unzufrieden“

Betrachtet man die Zufriedenheit mit der Bearbeitung des Anliegens in Abhängigkeit der besuchten Behörde so zeigt sich, dass die Besucher der Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung, des Einwohnermelde- bzw. Bürgeramts sowie des Schulamts überdurchschnittlich häufig zufrieden waren.

Unzufrieden äußern sich am ehesten die Besucher der Agentur für Arbeit und des Sozialamts.

▪ Zufriedenheit mit der Behördenleistung II *)

Mit folgende Behörden sind die Befragten:	zufrieden	weniger zufrieden **) bzw. unzufrieden	Index ***)
	%	%	
Behörden insgesamt	68	30	+ 38
Gemeinde-/Kreisverwaltung generell	72	28	+ 44
Einwohnermelde-, Bürgeramt	76	24	+ 52
Sozialamt	60	40	+ 20
Schulamt/Schulbehörde	75	24	+ 51
Finanzamt	67	32	+ 35
Agentur für Arbeit	54	46	+ 8
Polizei	71	28	+ 43
Gericht/Justizverwaltung	61	38	+ 23
Rentenversicherung/Rentenanstalt	65	34	+ 31

*) Basis: Besucher jeweiligen Behörde

**) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

***) Index = Anteil „zufrieden“ minus Anteil „weniger zufrieden bzw. unzufrieden“

5. Das Beamtenprofil

Die Bundesbürger wurden auch im Frühjahr 2019 anhand einer Liste um eine Einschätzung gebeten, welche Eigenschaften sie Beamten zuschreiben würden und welche eher nicht.

2019 werden Beamte nach wie vor insbesondere als pflicht- und verantwortungsbewusst (71 bzw. 66 %), als zuverlässig (64 %), rechtschaffen (61 %), kompetent (59 %) und hilfsbereit (58 %) wahrgenommen. 44 Prozent sehen Beamte als unbestechlich, 24 Prozent als flexibel an.

Von den eher negativ behafteten Eigenschaften wird den Beamten am ehesten das Attribut „stur“ zugeschrieben (45 %), gefolgt von je 31 Prozent, die Beamte als mürrisch und arrogant ansehen.

Dass Beamte ängstlich (18 %), überflüssig (18 %), ungerecht (17 %) oder schlecht (7 %) seien, gibt jeweils nur eine Minderheit an.

Im Vergleich zum Vorjahr haben vor allem die positiven Einschätzungen abgenommen, während die eher negativen Einschätzungen weitestgehend stabil geblieben sind.

▪ Das Beamtenprofil 2019

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2016	2017	2018	2019	Veränderung zu 2018
	%	%	%	%	%	%	%	
pflichtbewusst	75	76	78	74	75	77	71	- 6
verantwortungsbewusst	70	71	72	72	74	76	66	- 10
zuverlässig	66	67	70	68	75	72	64	- 8
rechtschaffen	67	67	70	65	72	70	61	- 9
kompetent	59	60	64	65	71	66	59	- 7
hilfsbereit	57	59	66	63	68	68	58	- 10
unbestechlich	37	38	45	48	54	51	44	- 7
flexibel	28	28	34	30	31	25	24	- 1
stur	54	51	48	42	40	44	45	+ 1
mürrisch	-	-	-	33	31	32	31	- 1
arrogant	41	40	33	32	30	32	31	- 1
ängstlich	20	20	20	18	19	18	18	0
überflüssig	24	22	20	15	16	16	18	+ 2
ungerecht	26	21	20	17	18	16	17	+ 1
schlecht	-	-	-	8	8	7	7	0

6. Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ 2007 wird jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen mit der Bitte vorgegeben, jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Nach wie vor wird das „Beruferanking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, von denen 94 % ein hohes Ansehen haben. Es folgen Ärztinnen/Ärzte (88 %), Kranken- und Altenpfleger/innen (87 bzw. 86 %), und Polizistinnen/Polizisten (84 %).

Von „Beamtinnen“ und „Beamten“ haben derzeit 34 Prozent – etwas weniger als noch in den beiden Vorjahren – der Befragten ein hohes Ansehen.

Auf den letzten Rängen des Beruferankings finden sich wie auch in den Vorjahren die Versicherungsvertreter/innen (8 %), die Mitarbeiter/innen einer Werbeagentur (10 %) oder einer Telefongesellschaft (13 %) sowie Politiker/innen (16 %) und Manager/innen (19 %).

Deutliche Rückgänge im Ansehen haben in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr vor allem die Unternehmer/innen (- 14 Prozentpunkte) und Journalistinnen/Journalisten (- 11 Prozentpunkte) zu verzeichnen.

Auch Techniker/innen, Briefträger/innen, Bankangestellte und Politiker/innen haben ein geringeres Ansehen als noch im letzten Jahr (- 9 Prozentpunkte).

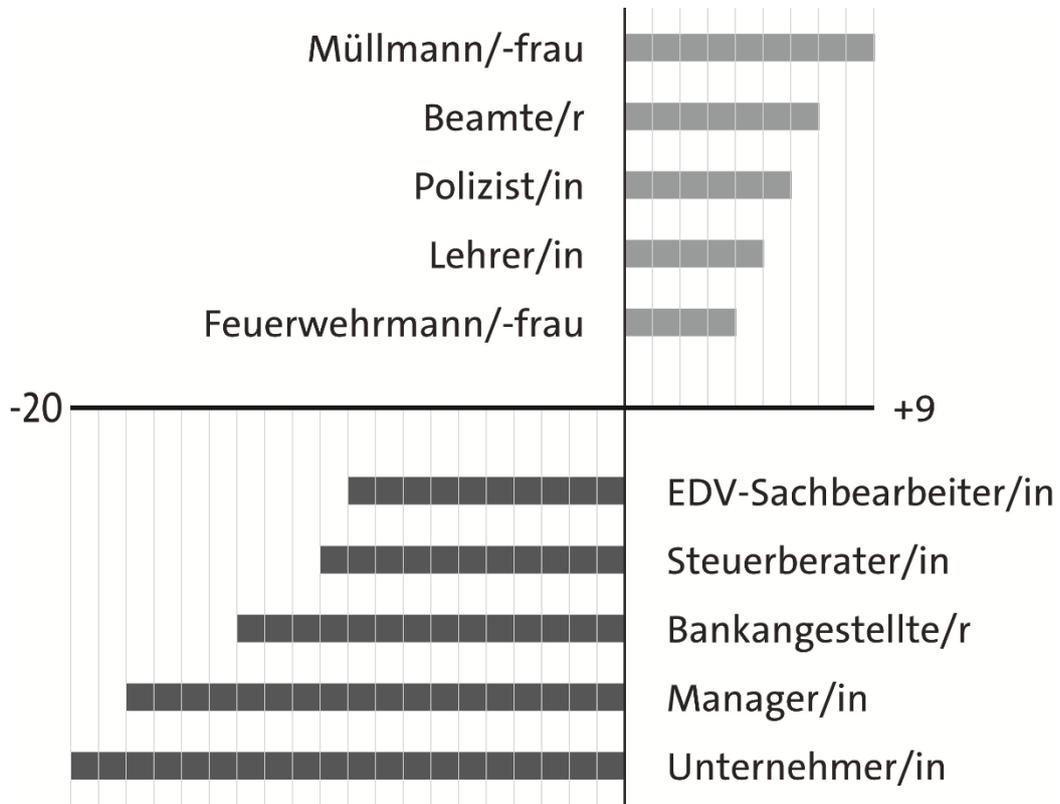
▪ Ansehen einzelner Berufsgruppen *)

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2016	2017	2018	2019	Veränderung zu:	
	%	%	%	%	%	2017	2007
Feuerwehrmann	90	93	96	94	94	-2	+4
Arzt/Ärztin	86	87	89	89	88	-1	+2
Krankenpfleger/in **)	85	87	88	89	87	-1	+2
Altenpfleger/in	-	-	-	-	86	-	-
Polizist/in	78	82	87	87	84	-3	+6
Erzieher/in im Kindergarten/Kita	-	82	85	83	80	-5	-
Richter/in	77	75	79	79	78	-1	+1
Müllmann/ -frau	63	73	73	75	72	-1	+9
Pilot/in	-	75	75	78	71	-4	-
Hochschulprofessor/in	-	70	76	74	69	-7	-
Lehrer/in	63	70	75	73	68	-7	+5
Dachdecker/in	58	63	64	66	62	-2	+4
Lokführer/in	-	61	67	67	60	-7	-
Techniker/in	-	63	69	66	60	-9	-
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/in	-	57	64	67	59	-5	-
Justizvollzugsbeamte/r	-	58	63	63	58	-5	-
Förster/in	-	-	61	62	58	-3	-
Soldat/in	-	61	61	56	53	-8	-
Briefträger/in	52	60	61	63	52	-9	0
Anwalt/Anwältin	58	48	51	57	52	1	-6
Studienrat/Studienrätin	53	50	53	54	47	-6	-6
Unternehmer/in	61	54	55	54	41	-14	-20
Journalist/in	47	44	51	50	40	-11	-7
Steuerberater/in	47	35	42	40	36	-6	-11
Beamte/r	27	34	38	39	34	-4	+7
EDV-Sachbearbeiter/in	43	34	40	39	33	-7	-10
Steuerbeamter/in	28	29	33	31	28	-5	0
Gewerkschaftsfunktionär/in	23	24	29	29	25	-4	+2
Bankangestellte/r	38	28	33	31	24	-9	-14
Manager/in	37	26	26	26	19	-7	-18
Politiker/in	20	24	25	21	16	-9	-4
Mitarbeiter/in einer Telefongesellschaft	19	18	18	17	13	-5	-6
Mitarbeiter/in einer Werbeagentur	18	13	12	13	10	-2	-8
Versicherungsvertreter/in	11	9	11	10	8	-3	-3

*) dargestellt ist jeweils der Anteil an Befragten, die ein sehr hohes oder hohes Ansehen von der jeweiligen Berufsgruppe haben

**) bis 2018 Kranken- und Altenpfleger/in zusammengefasst

- „Gewinner“ und „Verlierer“ im Beruferanking seit 2007



Zusammenfassung

Die Ergebnisse der diesjährigen Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“ werden in starkem Maße von dem Vertrauensverlust beeinflusst, den viele politische Institutionen zu verzeichnen haben. Dieser Vertrauensverlust wurde nach der Bundestagswahl 2017 durch die schwierige und ungewöhnlich lange Regierungsbildung und die permanenten Konflikte innerhalb der Koalition aus CDU, CSU und SPD beschleunigt.

Dadurch beeinträchtigt wurde auch das Vertrauen in die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates generell, der eigentlich in einer Zeit der Globalisierung und zunehmender geopolitischer Konflikte von den Bürgern als starke „Schutzmacht“ gewünscht wird.

Das schwach gewordene Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates führt auch dazu, dass die Bürokratie 2019 kritischer als in den Vorjahren beurteilt wird.

Auch die Urteile über die öffentlich Bediensteten und das Ansehen einzelner Berufsgruppen wurden durch das mangelnde Vertrauen zum Staat und vieler seiner Einrichtungen negativer.